

Ausbeutung und die Fällung ihrer Taschen ohne Rücksicht auf die Lage der Arbeitenden und die Bedürfnisse der Gesamtheit ist.

Angst und Erbitterung

Die Aufnahme, die der Aufruf der Zentralleitung der Unabhängigen Partei in der bürgerlichen Presse gefunden hat, läßt deutlich erkennen, daß die bürgerlichen Parteien vor der Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Steuerdruck und für die Erfassung der Goldwerte eine gewaltige Angst haben. Sie haben bisher gehofft, daß die Massen die Absichten der Regierung als höhere Weisheit hinnehmen und ihr Widerstand sich in platonischen Erklärungen erschöpfen würde. Um so größer ist jetzt die Erbitterung über ihre Täuschung und die Angst, daß in diesem Kampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen auch die bisherigen Anhänger der bürgerlichen Parteien zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Interessen nur von den sozialistischen Parteien vertreten werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die natürlich auf den Aufruf nur mit Beschimpfungen reagiert, gestattet sich ferner die oft widerlegte Unwahrheit, daß die bisherigen Steuern bereits erdrückend gewesen seien und nicht aus den laufenden Erträgen, sondern aus der Substanz der Vermögen hätten gedeckt werden müssen. Demgegenüber wollen wir nur zitieren, was der Professor Bühler von der Universität Münster in seiner Schrift: „Der Steuerfeldzug gegen die Kriegsgewinnler“ über die Wirkung der bisherigen Besitzsteuern sagt:

Es mußte eigentlich gleich stuhig machen, daß sich nach Erlaß jener Gesetze der Kriegsgewinnler gar nicht jene Panik bemächtigte, die doch hätte eintreten müssen, wenn man sie ganz ernst genommen hätte. Gewiß, es wurde eifrig und, vermutlich noch etwas eifriger als vorher ins Ausland geschoben und die Kapitalfluchtverordnungen, die immer wieder neue Löcher zu stopfen versuchten, kamen regelmäßig dann, wenn durch diese Löcher schon recht viel abgelaufen war. Was in jenen Zeiten noch ins Ausland gebracht wurde, das geht nicht auf eine Ruhhaut, wogegen für die Aufzeichnung dessen, was an erfolgreichen Maßnahmen geschehen ist, um unsere sehr weitgehenden Bestimmungen über die Besteuerung deutscher Personen und deutschen Kapitals ins Ausland durchzuführen, noch in absehbarer Zeit eine Ruhhaut nicht nötig ist, sondern schon ein recht kleines Stück Papier genügt. Aber die Lage im Inland wurde von den Kriegsgewinnlern keineswegs als verzweifelt angesehen. Sie machten keine Anstalten, ihre Villen oder die darin aufgestellten Perleerleppiche und Gemälde zu verkaufen, um ihre Zuzahlungsbeträge zu täteln, sie kauften vielmehr diese Dinge weiter auf, sie kauften weiter alles, was es gab, ihre Sektgläser nahmen nicht ab, sie machten sich in den Sommerfrischen breiter als je und zeigten sich auch stark genug, mit ihren Geldern in immer neue Fabrikationszweige einzudringen, sich immer wieder an anderen Fusionen zu beteiligen.

Und weil diese Schilderung eines bürgerlichen Professors durchaus zutreffend ist und die Arbeiterklasse es nicht ertragen kann, zu den riesigen Steuerlasten herangezogen zu werden, solange es den Besitzenden so gut geht und sie so wenig Steuern zahlen müssen, wird die Aufforderung der Zentralleitung der Unabhängigen Partei zum Kampf für die Erfassung der Goldwerte sicherlich stärksten Widerhall bei allen Nichtbesitzenden finden.

Doppelte Rechnung

Die Phantastiezahlen des Edlen von Braun

In einer seiner letzten Reden hat der deutschnationalen Agitator der Edle von Braun, die deutsche Reichsschuld, ohne die Reparationsverpflichtungen, auf 656 Milliarden Mark beziffert. Manche Blätter hatten damals die Naivität, anzunehmen, diese Zahl sei nur durch einen Fehler bei der Uebersetzung zurückzuführen. Eine Erklärung dieses wahrheitsliebenden Herrn aber beschränkt nun die Deffentlichkeit, daß er die Schuldlast des Reiches wörtlich auf 656 Milliarden Mark beziffert hat. Die ihm ansehnend als unbedeutend erscheinende Differenz von 300 Milliarden Mark wird in seiner Berichtigung damit erklärt, daß zu den festen und den schwebenden Schulden des Reiches mit rund 348 Milliarden noch eine weitere Schuldlast von 18 Milliarden Goldmark gleich über 300 Milliarden aus den drei Entschädigungsgesetzen erwachsen.

Herrn Brauns Rechnung hat aber ein doppeltes Loch. Erstens nämlich enthalten die Entschädigungsgesetze die Bestimmung, daß die Auszahlungen nicht nach dem heutigen Stand der Goldmark, sondern nach einem noch nicht feststehenden, jedenfalls aber wesentlich niedrigeren Satz erfolgen; zweitens, daß das Reich zur Entschädigung der Auslandsdeutschen nur deshalb verpflichtet ist, weil ihm gleichzeitig der Erlös von den Ententestaaten wieder zugebracht wird.

Künftig wird also Herr von Braun selbst dann etwas geschickter schwindeln müssen, wenn er auf seine an und für sich anspruchsvollen Zuhörer Eindruck machen will. Aber schließlich, was kann man von einem Menschen verlangen, der seine Unfähigkeit bereits 1914 bewiesen hat, als er schrieb, daß wir uns vor dem Schredgepenks des Ausgebungerwerdens nicht zu fürchten brauchen. Der Mensch könne sich nach der Decke strecken, und da unsere Decke im Laufe der Jahrzehnte recht groß und behäbig geworden sei, so schade es gar nichts, wenn sie zeitweise etwas beschnitten wird!

Gegen den bayerischen Schandzustand

Die jedem Recht hohnsprechende Art, wie das Kaiserliche Regiment in Bayern der Reaktion Vorschub leistet und die Arbeiterbewegung durch Unterdrückung von Zeitungen und Versammlungsverbote schädigt und zu provokatorischen Verleumdungen, haben unsere Genossen Dittmann und Rosenfeld als Mitglieder des 8. Ausschusses des Reichstags veranlaßt, die sofortige Einberufung dieses Ausschusses zu fordern. Zu diesem Zwecke richteten sie an den Abgeordneten Meerfeldt-Köln folgendes Schreiben:

Der 8. Ausschuh des Reichstags ist nach Artikel 35 der Reichsverfassung eingesetzt „zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung“.

Vor der letzten Vertagung des Reichstags hat der Ausschuh in seiner Sitzung allen seinen Mitgliedern diese durch die Verfassung ihnen auferlegte besondere Verpflichtung ausdrücklich eingeschärft und einstimmig beschlossen, den Ausschuh zusammenzutreten zu lassen, wenn von zweien seiner Mitglieder ein dahingehender Antrag gestellt würde.

Wir unterzeichneten Mitglieder des Ausschusses beantragen nun unter Berufung auf diesen einstimmigen Beschluß, den Ausschuh so schnell als möglich zusammenzubekommen. Die verfassungswidrige

Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern und die dadurch im Innern und nach außen erzeugten Gefahren geben uns Anlaß zu diesem Antrage. Die nähere Begründung werden wir mündlich geben.

Da der Reichstag nach einer uns vom Herrn Präsidenten Löbe gegebenen Auskunft erst am 27. September zusammentreten soll, ist der sofortige Zusammentritt des Ausschusses um so notwendiger.

Da dem Verlangen unserer beiden Genossen nach dem in dem Schreiben erwähnten Beschluß des Ausschusses selbst stattgegeben werden muß, so wird sich ja bald Gelegenheit bieten, das bayerische Schandregiment gebührend zu kennzeichnen und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern zu fordern.

Der Mergel der Staatsanwälte

Zu der Meldung, daß in Groß-Salza bei Magdeburg unser Genosse Rasten verhaftet worden ist, weil er als Räubelführer die Fahnenweihede des Orgeschvereins „Stahlhelm“ gestiftet habe, schreibt der „Vorwärts“:

Vor vielen Wochen bereits teilten wir mit, daß in Sorau in einer Demonstration der Endener Parteigenossen, dem eine schwarz-rot-goldene und eine rote Fahne vortragend wurde, von nationalistischen Badegästen mit Hilfe von Soldaten der Küstenwehr-Abteilung in voller Uniform angefallen wurde, wobei gleichfalls eine der beiden Fahnen verunreinigt, die andere nur mit Mühe gerettet wurde. Hier hört man nichts. Auf eine Anfrage bei den Endener Parteigenossen nach dem Stand der Dinge, erhalten wir jetzt die Auskunft, daß die Staatsanwaltschaft zurück allerdings auch hier einschreite. Aber nicht gegen die deutschpöhlischen Landfriedensbrecher, sondern gegen unsere Genossen, weil sie als „Eigentümer und Jurisdiktioneller“ der roten und schwarz-rot-goldenen Fahne öffentliches Vergernis erregt hätten!

Man kann sich denken, daß ein Staatsanwalt sich erst recht über rote Fahnen ärgern muß, wenn er bereits an den harmlosen schwarz-rot-goldenen Farben ein Vergernis nehmen muß. Man steht aber auch an diesem Falle, daß das Herz der deutschen Justiz dort schlägt, wo die Banner der Monarchie und der Gegenteoalition fliegen.

Demonstrationsstreik in Großsalze

Nach einer Meldung des Rostfischen Bureaus sind in Großsalze und Bad Elmen „wilde Streiks“ ausgebrochen. Das Elektrizitätswerk in Großsalze ist stillgelegt, der Kurbetrieb in Bad Elmen eingestellt. Auf Anordnung der Regierung ist die Technische Nothilfe herbeigerufen worden.

Es dürfte sich hier um einen Demonstrationsstreik zugunsten des verhafteten Genossen Rasten handeln. Es ist bezeichnend für die Auffassungen, die bei den regierenden Stellen herrschen, daß sie nichts gegen die Orgesch unternehmen, dagegen mit brutaler Gewalt jede selbständige Regung der Arbeiterklasse zu unterdrücken suchen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie endlich ihre Pflicht erfüllt und gegen die wirklichen „Räubelführer“ vorgeht.

Beleidigte Richter

Gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Roten Fahne“, Bruno Schäfer, richtete sich eine Anklage wegen Beleidigung der Richter des Landgerichts II, die gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Unter Anklage gestellt war der Leitartikel in Nr. 15 des Blattes vom 11. Januar unter der Ueberschrift „Schande über Schande“. In dem Blatte war das Geständnis des Husaren Otto Kunge über die Vorgänge bei der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts abgedruckt. Der Leitartikel wandte sich in heftigen Worten gegen unsere Leitartikel in allgemeinen, um unter Anführung einer ganzen Reihe vorgekommener politischer Kapitalverbrechen darzutun, daß die Justiz nicht in gleicher Weise zupade, wenn es sich um „Krauterkaltende“ Personen handele, die sich gegen die Gesetze vergangen haben. Im Anschluß hieran wurde an die Amnestierung des Oberleutnants Vogel erinnert, die von der 3. Strafkammer des Landgerichts II ausgesprochen, aber vom Kammergericht als rechtsirrtümlich aufgehoben worden war. Dabei brauchte der Artikel die Wendung: „Der Oberleutnant Vogel haben sie jetzt amnestiert. Hat auf der Welt je Lumpenpad sein Lumpenbandwert zynischer verrichtet?“

Wegen dieser Worte hatte der Kammergerichtspräsident den Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Der Angeklagte erklärte, daß in kommunistischen Kreisen die Empörung über die zahlreichen Fälle, in denen „reaktionäre Nordbuben“ für ihre Taten unbestraft geblieben, während auf der anderen Seite gegen Arbeiter drakonische Strafen ausgesprochen wurden, überaus groß sei und zu dem Artikel die Veranlassung gegeben habe. — R. A. Dr. Weinberg betonte gleichfalls die in Arbeiterkreisen herrschende Empörung darüber, daß es nicht möglich sei, die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zur Bestrafung zu bringen. Die falsche Anwendung der Amnestieverordnung auf den Oberleutnant Vogel sei ein Schlag in das Angesicht der Rechtspflege gewesen und habe in Verbindung mit dem Geständnis des Husaren Kunge den Artikel veranlaßt, für den dem Angeklagten der Schutz des § 193 St.G.B. zur Seite stehen müsse, denn sein Blatt sei von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begründet worden. — Das Gericht verurteilte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu drei Monaten Gefängnis.

Es sind also immer noch gute Zeiten für Mörder. Während die Nordbuben an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bis heute nicht gestraft sind, geht die Justiz um so härter gegen einen Redakteur vor, der in seiner Kritik die Formen des bürgerlichen Anstands nicht ganz inngehalten hat. Die Richter haben dem Beklagten den Schutz des § 193 verweigert; das ist um so schwerer verständlich, als er in der Regel jenen Presslindern zugebilligt wird, die aus nationalistischen Kreisen stammen.

Der Reichsrat gegen Notgeld

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag nachmittag, die von Staatsrat Lewald geleitet wurde, den Entwurf einer neuen Fernsprechoordnung. Die Neuordnung ist notwendig geworden durch das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Fernsprechgesetz. Die Verordnung regelt die Gebühren, soweit sie nicht im Gesetz selbst festgesetzt sind, und bringt hier überall namhafte Erhöhungen, u. a. auch für die Nebenanschlüsse. Im Fernverkehr ist die Höchstzeit eines Gesprächs auf 15 Minuten festgelegt.

Angenommen wurde die Vorlage über Prägung weiterer hundert Millionen Mark in 50-Pfennig-Stücken aus Aluminium, vierzig Millionen Mark 10-Pfennig-Stücken aus Zinn und zwanzig Millionen Mark 5-Pfennig-Stücken aus Eisen. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich auf eine Entschließung geeinigt, die Reichsregierung möge ein gesetzliches Verbot gegen die Herstellung von Notgeld erlassen, die künftig nur ausnahmsweise mit Ermächtigung der Zentralbehörden erfolgen dürfte. Ein Vertreter des Finanzministeriums stellte mit, daß bei der Reichsregierung Erwägungen in diesem Sinne schwebten. Die Reichsregierung wäre aber dankbar, wenn die Landesregierungen die Ausgabe von Notgeld schon jetzt nicht mehr zulassen würden, außer, wenn ein wirkliches Bedarfs vorliege, der durch die Reichsbank nicht befriedigt werden könne. Vor allem

sollte nicht mehr gestattet werden, daß Notgeld unter Ausnutzung des Sammelers zur Verbesserung der Finanzen der Gemeinden ausgegeben würde.

Die Besetzung Baranhas

10000 Einwohner geflüchtet

U. A. Fürstlichen, 23. August.

Die Besetzung von Baranha durch die ungarischen Truppen ist ohne Kampf erfolgt. 48 Stunden vor dem Abmarsch der Jugoslawen verkündete das Exekutivkomitee der Bevölkerung durch Plauerankschlag, daß die Hoffnungen auf Unterstützung geplatzt, und ein bewaffneter Widerstand vergeblich sei, sodas nur der Rückzug auf südwestliches Gebiet übrig bleibt. Am Sonnabend und Sonntag zogen da die von den jugoslawischen Behörden zur Verfügung gestellten Züge mit Flüchtlingen ab. Die Arbeiterschaft der Bergwerke flüchtete zum großen Teil mit ihren Frauen und Kindern. Da die Transportmittel nicht ausreichten, um auch noch das Gepäck zu befördern, waren die meisten Flüchtlinge gezwungen, unter Zurücklassung ihrer Habe nur mit dem, was sie am Körper trugen, auszuwandern. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge beträgt nach bisherigen Schätzungen annähernd 10000. Sie wurden zunächst nach Esseg dirigiert, wo die jugoslawische Regierung über ihren Weitertransport Verfügungen treffen wird.

Nach Meldungen aus Belgrad hat der Ministerrat beschlossen, den Schutz der Flüchtlinge zu übernehmen und zu diesem Zweck Gelder aus Staatsmitteln zur Verfügung zu stellen. Erst nach dem Abtransport der letzten Flüchtlinge verlassen Bela Lind und die Mitglieder des Exekutivkomitees die Stadt. Aus Baranha flüchteten 35 Mitglieder der Sozialistischen Partei im letzten Augenblick, indem sie angefaßt der einmarschierenden ungarischen Gendarmen durch die Save schwammen. Montag vormittag erfolgte der feierliche Einzug der ungarischen Truppen mit General Soos an der Spitze.

Für das Proletariat der Baranha

Das Sekretariat der J. A. S. P. hat am 19. August nach folgenden Appell an die jugoslawischen Sozialisten gerichtet:

„An die sozialdemokratische Parlamentsfraktion Jugoslawiens.“ Die jugoslawische Regierung hat den Beschluß gefaßt, die Baranha zu räumen. Die Truppen Horthys werden Sonntag in Fürstlichen einziehen, und die Methoden grausamer und skrupelloser Rache, die das übrige Ungarn erlitten hat, nun auch über dieses Gebiet verhängen. Wir sind überzeugt, daß ihr in dem Geiste internationaler Solidarität, der euch in den schwersten Zeiten des Krieges stets befohlen hat, alle Kräfte einsetzen werdet, um die Tausende bedrohten Klassenbewußten Arbeiter ohne Unterschied der Richtung zu schützen und ihnen das Asylrecht in Jugoslawien zu sichern.

Für das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien:

Friedrich Adler.

Als Antwort langte am 21. August das folgende Telegramm ein:

Adler, Arbeiterzeitung, Wien.

Belgrad, 21. August.

Wir bemühen uns, allen ungarischen Flüchtlingen Asylrecht zu verschaffen mit zufriedenstellendem Erfolg. Topalovic.

Eine spanische Erklärung

L. L. London, 25. August.

Die „Times“ melden aus Madrid, daß die spanische Regierung in der Angelegenheit der Berichterstattung über Oberschlesien folgende offizielle Mitteilung an den Völkerverbund gerichtet hat:

Spanien wünscht sich nicht in die ober-schlesische Frage einzumischen, da es befürchtet, daß, welche Haltung es auch einnimmt, diese stets in einer Weise ausgenutzt werden wird, die für Spanien selbst Nachteile bringt.

Beendigung des Eisenbahnerstreiks in Posen

L. L. Warschau, 25. August.

Die polnische Telegraphen-Agentur meldet: Der polnische Eisenbahnerstreik in Posen und Pomerellen ist beendet. Gestern Nacht wurde im Posener Schloß das Protokoll unterzeichnet, in dem die versammelten Vertreter der Berufsverbände der polnischen Eisenbahner erklärten, daß sie nach einer Reihe von Konferenzen mit den Regierungsvertretern bereit seien, die Arbeit im Bereiche der Posener und Danziger Eisenbahndirektion in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Die Inbetriebnahme der Eisenbahnen erfolgte heute um 2 Uhr nachmittag. Drei Tage später wird der normale Güterverkehr in vollem Umfang wieder aufgenommen sein.

Die Streiklage in Warschau

Auch die Streiklage in Warschau hat sich dem „Off-Expres“ zufolge verschärft. Gegenwärtig herrscht in Warschau ein allgemeiner Metallarbeiterstreik und ein Streik der häufligen Arbeiter. Das von den städtischen Arbeitern an den Warschauer Magistrat gerichtete Ultimatum enthält auch politische Forderungen. Gestern waren Gerüchte über einen bevorstehenden Generalstreik verbreitet; doch sind diese Gerüchte vermutlich übertrieben, wie auch die nachdrückliche Betonung kommunistischer Einflüsse, die sogar von Seiten der Regierung erfolgte, unbedeutend ist, da die Streiks vor allem der Ausdruck der wirtschaftlichen Notlage sind.

Zur Streikbewegung in Polen wird der Warschauer Berichterstatter der „Kos. Stg.“ noch zu berichten: „Es handelt sich bei dem Bündel von Streiks, das sich in Polen und Kongezhpolen ausbreitet, wesentlich um eine nationale Reaktion der Lohnempfänger auf die Zerrüttung des Wirtschaftslebens, wobei im polnischen Gebiete auch partikularistische Momente mitspielen.“

Die Teuerung steigt überall von Tag zu Tag im Verhältnis der Valutaintwertung, die den Stand von Ultimo Juni bereits überschritten hat. Der Höchststand des englischen Pfundes war damals 9000; heute steht es auf 10 000.

Kommerzienrat Dr. Sagenheimer hat das auf wiederholten Wunsch des Reichsministeriums im Mai d. J. übernommene Amt des Reichskommissars zur Ausföhrung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten niedergelegt. Die Uebernahme des Amtes war von vornherein nur vorübergehend erfolgt. An seiner Stelle hat der Reichspräsident den Oberpräsidenten a. D. von Batski zum Reichskommissar ehrenamtlich ernannt.

Uebertrag zur Leipziger Messe. Die Zahl der für die Herbst-Mustermesse verkauften Guldbucherabzeichen, die im Frühjahr 100 000 betrug, ist diesmal größer als zum entsprechenden Zeitpunkt der Frühjahrsmesse.

Deutschnationale und Kommunisten versöhnt!

Gemeinsame Ablehnung der Besteuerung der Luxusautos

Am Mittwochabend schien es, als sollte die am Vormittag be-
glossene politische Debatte über die neuen Moskauer
Beschlüsse wieder von vorn beginnen. Als die Kompromiss-
kommission der Redaktionsschleife gedruckt war und die Linke
den Schaden befaß, begann die Parteitagsschleife heftig zu tochen.
Der stramme Draufgänger Thälmann nahm das Wort und
machte das Verflechtungsprodukt nach allen Regeln herunter. Der
Parteitag beschloß die Wiedereröffnung der Debatte, und die
Kommission, die der Sprecher der Redaktionsschleife ausge-
sprochen hatte, daß ihre Arbeit einstimmig und debattelos ange-
nommen werden könnte, verlor ins Bodenlose. Jedes in der
Nacht waren die Verflechtungsregeln im allgemeinen tätig gewesen,
und am Donnerstag morgen war das neue Kompromiss geboren,
d. h. die Linke hatte ihre wesentlichen Forderungen durchgesetzt.
Die arme Zentrale hatte sich wieder einmal sehr lässlich unter-
worfen müssen, was Ernst Meyer feierlich verkündete. So
wie denn in der Resolution die Beurteilung Lewis in die
der „Sowjet“ Gruppe ausgeweitet worden, und weiter wird aus-
gesprochen, wenn der Druck der Partei nicht genüge, das Pro-
gramm in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, so sei es
ihre Pflicht, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeiter-
masse in den Kampf zu führen, während es erst hieß, sie soll sie zur
Einnahme des Kampfes zu bestimmen suchen. Die Aenderung
bringt also nur durch diese Hintertür die angeblich hinaus-
komplementierte „Offensiv“, also Putschakt, wieder herein. Was
in Verbindung mit der Bewahrung gegen die Trozskritik an der
Maximale die Linke bestrebt. Sie hat, wie Thälmann
empfindend feststellt, der Resolution ihr Gewicht gegeben. Sie
erlebte den weiteren Triumph, daß sie gegen sieben Stimmen an-
genommen wurde. Raskahn, der einige Aenderungsanträge
der linken Opposition begründete, die gegen 12 Stimmen abge-
lehnt wurden, bezeichnete die Resolution ganz richtig als den
Verlaß, die Kritik des Weltkongresses an der
„Offensiv“-theorie zu verschleiern. Die Link-Op-
position unterstrich ihre Ablehnung durch eine Erklärung, die von
Brag, Adolf Hoffmann, Maljahn, Reumann und einigen anderen
unterschrieben ist. Klara Zetkin dagegen erklärte unter
laudem Beifall ihre Unterstützung „im Interesse der Par-
tei“, wobei sie allerdings ihren Protest gegen die Kritik an
Trozki-Ausführungen und gegen die Brandmarierung der
„Sowjet“-Gruppe ausdrückte. Der Vertreter der Moskauer
Fraktion, Kolarow, gab seinen Segen zu dem Beschluß, der
Moskauer Geist atme. Ueber die Ablehnung der Trozki-Kritik
sag er stillschweigend hinweg.

Die Debatte über die nächsten Aufgaben zeigte, daß das
samole Steuerprogramm der Zentrale schon so gut wie geliefert
ist. Verdrängt wurde es nur von Vertretern der Zentrale und des
Zentralausschusses. Und es war bemerkenswert, daß hinterher
Stoedcker, Koenen und Meyer unter vollständiger Teil-
nahmslosigkeit und ohne jeden Beifall sich für die „praktische Ar-
beit“ einsetzten, während Klara Zetkin unter starkem Beifall
die Steuerprogramm-Kader für „menschewistisch“ erklärte und die
anderen Redner mit der Verwerfung des Staatskapitalismus, d. h.
der Goldwertepfandung ebenso dankbares Publikum hatten. Der
Berliner Rosenbergs forderte, daß die Reichstagsfraktion solche
Hochsprünge, wie Abstimmung für die Landwirtschaft und für die
Aenderung des Lohnsteuerabzuges, künftig unterlasse. Die Linke
will die ganze Kraft auf die Ausnutzung der Lohnbewegung
wenden. Urbahns (Hamburg) zeigte, wie das an der Wasserfronte bereits systematisch geschehe, wie dort
die Kommunisten jede Lohnbewegung zu „reigern“ versuchen, und
wie sie in den still bleibenden Berufen den Willen zur Lohnbewe-
gung hervorzurufen unternehmen.

In die Stelle des schon erledigten Wechselbalges der Zentrale
ist die Redaktionsschleife ein anderes Programm für
die nächsten Aufgaben stellen. Die Diskussion wurde deshalb
verträgt. Am Nachmittag wurde die Gewerkschaftsfrage
vorgeworfen. Walchens Referat, das für kräftige Arbeit in
den Gewerkschaften praktische Winke gab, interparteiliche Konfe-
renzen, die den Kommunisten das Vertrauen der Nichtkommunisten
verschaffen sollen und in Hamburg und Norddeutschland überhaupt
schon verschafft hätten, brachte einige interessante Einzelansätze;
daß die Betriebsorganisation ohne jeden Einfluß seien, daß die
Märzaktion die Gewerkschaftsarbeit zeitweilig fast gefährdet
habe, weil in manchen Gebieten die Forderung der Besetzung
entstand. Bemerkenswert ist auch, daß er die Forderung für nötig
hält, daß jeder aus der Partei ausgeschlossen werden müsse, der
für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda mache. Das
heißt Problem, das er damit angeschnitten hatte, trat noch schärfer
hervor, als Joachim Danneberg, einer der Führer der Arbeiter-
Union, klare Stellung zu diesen Organisationen anstatt des jetzigen
„Herumwadelns“ verlangte und zum Schluß forderte, daß die
aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen von der Partei zum
Eintritt in die Arbeiter-Union aufgefordert werden sollten.

In dem am Mittwoch morgen erschienenen Bericht muß es
heißt: eine wissenschaftliche, aber dabei wohlberedete Rede
Klara Zetkins, eine leidenschaftliche usw.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung erledigte
endlich die Steuerfragen, die die Tagesordnung be-
reits mehrmals geziert hatte. Hatten sich in der letzten Ver-
sammlung die Kommunisten mit den Deutschnationalen ge-
prügelt, so stimmten sie diesmal gemeinsam
gegen die Besteuerung der Luxusautos und
der Benutzung von Kraftdroschken. Ferner
gegen die Erhöhung der Sätze beim Halten von Luxuswagen
und Pferden! Die Multimillionäre des Westens können sich
wirklich über diesen Schutz ihres Geldbeutels durch die Kom-
munisten freuen. Die Forderung von 100 000 Mark für Un-
terstützung der notleidenden Oberklasse wurde, nach-
dem ein rasch eingesetzter Ausschuß Bericht erstattet hatte,
unter der Bedingung gebilligt, daß das Geld dem Roten
Kreuz überwiesen und dem Magistrat über die Verwendung
Bericht erstattet wird.

Eine Anzahl sozialer Fragen beschäftigte die Versamm-
lung, u. a. die Schaffung eines Wohlfahrtsfonds für
Blinde, sowie die Erhöhung der Armenhöchstsätze
auf um 100 Prozent, welche unserem Genossen
Hinge Gelegenheit gaben, gegen die schamlosen Entstellun-
gen der „Deutschen Tageszeitung“ Front zu machen.

Eine längere Aussprache ergab noch die Durchführung
der Erwerbslosenfürsorge bei Fortführung
der Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn, sowie der
dringliche Antrag auf menschenwürdige Unterbringung der
Schnitter und Erntearbeiter auf den städtischen Gütern.

Bei Eröffnung der Sitzung gibt der Stadtvorsteher Dr. Wegl
zunächst eine dringliche Anfrage des Stadtv. Dr. Köllig und
Gen. (U. S. P. D.) und Gabel und Gen. (K. P. D.) bekannt, deren
Vorlaut heißt: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um in Zu-
kunft zu verhindern, daß die Schupo in brutaler Weise außerhalb
und innerhalb des Rathauses Bürger und ihre Vertreter miß-
handelt, sowie Stadtverordnete in Ausübung ihrer Pflicht be-
hindert?“

Stadtrat Wege erklärt sich außerstande, diese Anfrage schon heute
zu beantworten. Er könne nur bedauern, daß es Stadtverordnete
fertig bekommen haben, die armen Arbeitslosen aufzuheben. Er
müsse zunächst die Stellungnahme des Volkseisenpräsidenten zu dem
Verhalten der Schupo abwarten. — St. V. Dör (Komm.)
protestiert dagegen, daß Stadtrat Wege behauptet habe, es hätten
Stadtverordnete ausgedehnte Reden zu den Erwerbslosen geführt.
Er selbst und der St. V. Dr. Köllig könne bezeugen, daß die
Leute durch die Schupo aufs ärgste mißhandelt worden sind. —
Die Anfrage geht an den Magistrat.

Zwei dringliche Anträge Gabel und Gen. (K. P. D.) betr. Bei-
hilfe an Erwerbslose gehen an den ständigen Ausschuß
für Erwerbslosenfragen.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung legt dann eine
längere Geschäftsordnungsdebatte ein, in welcher die Kommu-
nistischen Stadtv. Dr. Wegl den Vorwurf machen, daß
er gegen sie ein Ausnahmeverfahren einsetze, denn bisher sei bei
allen Fraktionen darauf Rücksicht genommen worden, wenn die
Parteien derselben ihren Parteitag abhielten. Vorsteher Dr.
Wegl teilt hierzu mit, daß er die Mitteilung über die Abhaltung
des Parteitages der K. P. D. erst erhalten habe, als
die Tagesordnung und Drucksachen bereits verschickt waren.
Der Ausschuß habe dann in entgegenkommender
Weise für die Kommunisten beschließen, wichtigere Vorlagen wegen
der Sitzung stattfinden zu lassen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Fortsetzung der in der
vorigen Sitzung so jäh unterbrochenen Erörterung über die
Vorlage betr. die Gewährung eines Beitrages für das „Ober-
schlesische Hilfswerk“.

Stadtv. Kimmel (Dnat.) begründet den Antrag, eine Summe
von 100 000 M. (statt 10 000 M.) zu Händen des deutschen Roten
Kreuzes zu bewilligen, und hofft auf einstimmige Annahme dieses
Antrages.

Stadtv. Leh (Komm.) lehnt die Bewilligung dieser Summe ab,
da sie nur dazu dienen soll, die reaktionären militärischen Ver-
bände heimattreuer Oberflächler zu unterstützen.

Stadtv. Niesig (U. S.) gibt die Erklärung ab, daß seine
Fraktion bereit sei, 100 000 Mark zu bewilligen, wenn
Einsparungen geschaffen werden, daß das Geld auch in die Hände
derjenigen gelange, für die es bestimmt sei. Deshalb beantrage er
Ausschüßberatung.

Stadtv. Dr. Borchardt (S. P. D.) hält es für eine dringende
Pflicht, den ober-schlesischen Volksgenossen so schnell wie möglich zu
helfen.

Stadtv. Fabian (Dnat.) verweist darauf, daß die Linke die
Rufstunde dem Roten Kreuz unbedenklich anvertraut habe. Er
beantrage, noch in heutiger Sitzung Zusammentritt des Aus-
schusses und sofortige Berichterstattung.

Stadtv. Dr. Meyer (Dem.) hofft, daß die Ausschüßberatung eine
möglichst große Mehrheit für die Ober-schlesischerhilfe bringen werde.
Der Antrag geht an den Ausschuß.

Eine ganze Reihe Magistratsvorlagen wird, teils ohne Debatte,
teils nach kurzer Besprechung, angenommen. Beschlüsse wurde
u. a. gemäß den Magistratsanträgen die Zahlung eines Vor-
schusses auf die in Aussicht genommene Erhöhung der Bezüge der
Altersversorgungsberechtigten; ferner die Erhöhung der Eintritts-
gebühren für die städtischen Bedürfnisanstalten. Für die beantragte
Schaffung eines Wohlfahrtsfonds für Blinde trat sehr warm
Stadtv. Pfannkuch (S. P. D.) ein.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Dr. Bohmann
(S. P. D.) über die Erhebung einer Steuer auf Kraftdroschken,
auf das Halten von Lastkraftwagen usw., sowie auf das Halten
von Wagen und Pferden.

Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung der Steuer auf Kraft-
droschken, im übrigen die Annahme der Magistratsvorlage mit
mehreren Aenderungen.

Wie im Ausschusse so erregte auch im Plenum die Vorlage nach
verschiedenen Richtungen Bedenken, denen die Redner der ein-
zelnen Fraktionen Ausdruck geben. Die längere Erörterung dreht
sich im wesentlichen um die Zweckmäßigkeit der Steuer auf Kraft-
droschken und auf das Halten von Wagen und Pferden.

Bei der Abstimmung wird auf Antrag des Stadtv. Dr. Borchardt
(Soz.) — entgegen dem Antrage des Ausschusses — die Erhebung
einer Steuer auf Kraftdroschken beschlossen und im übrigen die
Vorlage nach den Vorschlägen des Ausschusses angenom-
men.

Stadtv. Manasse (U. S. P.) erstattet lobend den Bericht über
die Ober-schlesischerhilfe. Gegen eine Stimme hat der Aus-
schuß die Bewilligung der 100 000 M. zu empfehlen beschlossen,
und zwar unter der Voraussetzung, daß die Summe zur Verfügung
des Roten Kreuzes gestellt werde und daß der Stadt Rechnung-
legung geleistet werde. Zu irgendeinem Mißtrauen läge kein
Anlaß vor, es handele sich um eine rein humanitäre Maßnahme.
(Zustimmung.) Gegen die Stimmen der Kommunisten werden
die beantragten 100 000 M. zur Unterstützung der notleidenden
Ober-schlesier bewilligt.

Es folgt die Beratung der Vorlage über die Aenderung der
Hausangestelltensteuerordnung.

Stadtv. Genosse Herz (U. S. P.): In Ausschuß war man er-
laubt, über eine Vorlage beraten zu sollen, die eigentlich eine
Vorlage der Regierung ist, da eine ganze Reihe von Aenderungen
der Beschlüsse der Versammlung autorisiert werden sollen. Der
Ausschuß betrachtet dieses als einen Eingriff in die Selbstver-
waltung und empfiehlt die Ablehnung der ganzen Vorlage. Die
haben Befreiungsgründe, die der Regierungsentwurf verlangt,

würden die Ertragnisse auf ein Minimum herabsetzen und würde
eine so große Erleichterung der Veranlagung mit sich bringen, daß
die Verwaltungskosten die Einnahmen verschlingen würden.
Redner empfiehlt namens seiner Fraktion folgende Entschlie-
ßung:

„Die Stadtverordnetenversammlung erhebt den entschiedensten
Einspruch gegen den völlig unzulässigen Eingriff in das Selbst-
verwaltungsrecht der Einheitsgemeinde Berlin, den das Ver-
langen nach unveränderter Annahme einer von der
preussischen Regierung entworfenen Steuerordnung für das Hal-
ten von Hausangestellten darstellt.“

Sie lehnt deshalb den von ihr vorgelegten Entwurf der
Steuerordnung ab. Dieser Entwurf ist für die Stadtverordneten-
versammlung auch deswegen unannehmbar, weil er durch die
überaus zahlreichen, meist unberechtigten Befreiun-
gen von der Steuer eine so große Erleichterung der Veran-
lagung zur Folge haben würde, daß die Verwaltungskosten den
etwaigen finanziellen Ertrag der Steuer in hohem Maße auf-
zehren würden.

Der Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde ist
außerdem verbunden mit dem Schutze der Besitzenden vor einer
überaus gerechten Steuer; er verhindert die Gesundung der Fi-
nanzen der Stadt Berlin, während er zugleich die Erfüllung
wichtiger sozialer Aufgaben unmöglich macht.

Indem die einstweilige Stadtverordnetenversammlung die
Verantwortung der preussischen Regierung für alle diese Folgen
vor aller Verantwortlichkeit feststellt, verurteilt sie insbesondere aber
auch das Verlangen der staatlichen Bureaokratie, Inhabern von
Dienstwohnungen und Inhabern von Dienstwohnungsentwürfen
heuerliche Ausnahmen zu gewähren als eine völlig un-
zulässige Benützung behördlicher Befugnisse zugunsten priva-
ter Personen.

Stadtv. Dr. Bohmann (S. P. D.) schließt sich den Ausführungen
des Vorredners an; seine Fraktion werde für die vorgeschlagene
Resolution stimmen.

Stadtv. Dr. Meyer (Dem.) ist mit der Ablehnung der Vorlage
einstimmig, kann aber der Resolution nicht zustimmen.

Stadtv. Leh (Komm.): Der jetzt in Frage stehende Eingriff in
die Selbstverwaltung ist leider nicht einzig dastehend; die sog.
berlinische Selbstverwaltung ist ein lauscher Schwindel.

Stadtv. v. Cynern (Sp.): Es ist nicht nötig, das schwere Geschick
der Resolution aufzuführen; eine Ablehnung der Vorlage ist voll-
kommen ausreichend.

Die Versammlung beschließt die Ablehnung der Vorlage. Die
vorgeschlagene Resolution gelangt zur Annahme.

Es folgt der von Rechtsanwalt Zimmermann (U. Soz.) begrün-
dete Antrag des ständigen Ausschusses zur Durchführung der Er-
werbslosenfürsorge über Fortführung der Arbeiten an der
Nord-Süd-Bahn. Der Ausschuß beantragt: Nachdem das Reich
die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat, ersucht die
Versammlung den Magistrat, sofort geeignete Maßnahmen zu
treffen, daß die Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn im gestrige-
stem Umfange fortgeführt und dadurch 9000—10 000 Erwerbslose
eingestellt werden können. — Die Versammlung ersucht ferner den
Magistrat, die Herausnahme der nicht in Betrieb befindlichen
Leitungsrohre der Wasserleitung Steglitz-Lichtenberg, sowie der nicht
mehr gebrauchten und teilweise überwachsenen Feldbahngleise auf
den Kiefigütern als Kostsandsarbeiten schleunigst in Angriff zu
nehmen.

Einige Anträge des Stadtv. v. Cynern (D. V.) beantwortet
Stadtv. Dr. Hahn dahin, daß zur Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn
noch etwa 350 Mill. Mark erforderlich seien. Aus eigenen Mit-
teln könne die Stadt das nicht. Es schweben mit der Regierung
Verhandlungen, der Stadt 150 Mill. Mark zur Verfügung zu
stellen zur Vollendung der Nord-Süd-Bahn des Unternehmens. Dann
wird die Stadt ein Vandalenobjekt in der Hand haben, um die rest-
lichen Gelder zu erhalten. Wenn das Unternehmen nicht fertig-
gestellt werden kann, werde in absehbarer Zeit eine Katastrophe
eintreten. Reich und Staat hätten das gleiche Interesse wie die
Stadt an dem Fortgang des Unternehmens. Werden die 150 Mil-
lionen Mark herbeigekommen, so könne am 1. Oktober 1922 die Nord-
Süd-Bahn von der See-Strasse bis zur Haltestelle Gneisenaustraße in
Betrieb genommen werden. Es könnten 8000 Arbeitslose sofort
und weitere 2000 im Laufe der Zeit eingestellt werden. Der
Finanzierungsplan geht dahin, daß Reich und Staat mit der
Stadt eine Gesellschaft bilden zwecks Aufbringung der fehlenden
350 Millionen Mark.

Es entspann sich dann eine lebhafteste Aussprache über die Form
der Erwerbslosenunterstützung, und es wurde von bürgerlicher
Seite energisch verlangt, daß dieselbe produktiver zugunsten der
Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn gestaltet werde. Es wurde auch
unter heftigem Widerspruch der Linken auf die Schädigung der
Arbeiten durch die vielen Streiks hingewiesen.

Auf Ausführungen des Stadtv. Brodat (S. P. D.) erwiderte

Oberbürgermeister Koch, daß es richtig sei, daß von den Er-
werbslosen im Reich ein ungewöhnlich hoher Teil auf Berlin ent-
falle, mehr als ein Drittel. Berlin habe sehr viel auf dem Ge-
biet der Erwerbslosenfrage getan, deshalb sei der Vorwurf, die
Stadt Berlin sei rückständig, unberechtigt. Die Stadt hat bisher
700 Mill. Mark aus außerordentlichen und mehr als 200 Mill.
Mark aus laufenden Mitteln für diese Zwecke aufgebracht. Bei
der Nord-Süd-Bahn hat die Stadt über 32 Mill. Mark in das Unter-
nehmen gesteckt, in der Hoffnung, daß die seit Jahresfrist schwe-
benden Verhandlungen mit Reich und Staat zu einem günstigen
Ergebnis kommen. Selbstverständlich kann die Stadt nicht 350 bis
400 Mill. Mark aus eigener Kraft aufbringen. Wir müssen vor-
sichtig mit unseren Mitteln operieren, dann allein kann der Ver-
waltungsapparat wieder gesund und die Finanzen können mit
dann wieder in Ordnung kommen. (Lebh. Zustimmung.) Die
Aussprache über die Erwerbslosenfrage setzte sich dann weiter fort.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage des U. S. P.
Ausschusses.

Zur Beschlußfassung wird der Versammlung lobend der An-
trag des Stadtv. Heimann und Gen. (S. P. D.) betr. die Er-
höhung der Armenhöchstsätze um 100 Prozent
unterbreitet.

Stadtrat Hinge teilt mit, daß der Magistrat in seiner gestrigen
Sitzung eine Erhöhung der Sätze im Sinne des Antrages be-
schlossen hat. Der Redner wendet sich sodann gegen Angriffe der
„Deutschen Tageszeitung“ gegen seine Geschäftsführung, die
bisher unangenehm gewesen seien. Durch die Erklärung des
Magistratsvertrietes ist der Antrag erledigt und wird zurück-
gezogen.

Zur Annahme gelangt schließlich ein dringlicher Antrag des
Stadtv. Heimann und Gen. auf sofortige Ergriffung von
Maßnahmen zur besseren Unterbringung der städtischen Gut-
arbeiter und Schnitter. Schluß 9 1/2 Uhr.

Die Ausspernung bei Linke-Hofmann. Der Schlichtungsausschuß
verhandelt gestern über den Streik in den Linke-Hofmann-Wer-
ken. Die Firma erklärte, daß eine Ausspernung der Arbeit-
er nicht vorliege, sondern nur eine Aussetzung der Arbeit,
da ohne die Hilfsarbeiter ein ordnungsgemäßer Betrieb unmög-
lich sei. Die Direktion verweigerte ihre Teilnahme an Verhand-
lungen, solange die Hilfsarbeiter die Arbeit nicht wieder auf-
nehmen. Der Schlichtungsausschuß erklärte den Ausstand als
einen wilden Streik und empfahl die Wiederaufnahme
der Arbeit und Einleitung von Verhandlungen. Sollten die di-
rekten Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen, wird der
Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt eingreifen.

Elektrizitätsarbeiterstreik in Stralsburg. Am Donnerstag traten
die Arbeiter des Stralsburger Elektrizitätswerkes in einen Streik.
Seit den frühen Morgenstunden ist die Stadt ohne elektrisches
Licht, auch die Straßenbahnen können infolge des Streikes nicht
verkehren. Eine weitere Folge ist das Nichterheinen der
Zeitungen.

Radek und die „Frankfurter Zeitung“

In einem der von der Zeitschrift „Unser Weg“ veröffentlichten
Briefe Karl Radeks an die kommunistische Zentrale war der
Wunsch ausgesprochen worden, bei dem Redakteur der „Frankfurter
Zeitung“ Heller, einen ausführlichen Bericht über
die Weltwirtschaftslage, den Lenin für den Kongreß
der kommunistischen Internationale brauchte, zu bestellen. Die
„Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu:

„Herr Heller befindet sich auf Urlaub, wir haben ihm von diesem
Briefteilung gemacht. Aber unabhängig von seiner An-
wesenheit die noch nicht eintreffen konnte, erklären wir, daß Radek
eine Abnung von einem Redakteur der „Frank-
furter Zeitung“ hat, wenn er meint, daß sich einer von uns
hergeben würde, ein Memorandum zum Gebrauche Lenins
herzustellen, und sei es auch nur ein ganz objektiver Bericht über
die Weltwirtschaftslage. Wir haben oft genug dargelegt, wie wir über
den Bolschewismus denken. Es ist aber nicht unsere Gepflogenheit,
uns in den Dienst von Leuten zu stellen, deren Politik wir für
einen schrecklichen Irrtum halten.“

Die Untersuchung der Märzunruhen

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zur Un-
tersuchung der Märzunruhen gelangte in seiner Sitzung am Mit-
woch zur Formulierung des Beweisschemas, die von einem Unter-
suchungsausschuß formuliert worden war. Die Fragen, über die der Aus-
schuß Beweis erheben will, sind nach zwei Hauptgehaltspunkten ge-
gliedert. Die erste Gruppe umfaßt die Fragen, die auf der Seite
der Auftraher zu klären sind, die zweite Gruppe die Fragen, die
auf der Seite der Staatsgewalt einer Untersuchung bedürfen.

Mit der Formulierung dieser Punkte ist natürlich noch keinerlei
Arbeit des Ausschusses verbunden. Die Formulierung bezieht nur
auf die von irgendeiner Seite aufgestellten Behauptungen nach-
geprüft werden sollen. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Abg.
Kattner (Soz.), hervorhob, soll sich die Beweisaufnahme ledig-
lich nach der Richtung hin erstrecken, Tatsachen zu erfordern. Die
Schlüsse aus den Tatsachen wird der Ausschuß erst in einem späte-
ren Stadium der Verhandlungen zu ziehen haben.

Der Ausschuß beschloß ferner, eine Anzahl Generalfragen zu
dem gesamten Beweisschema zu vernehmen, und zwar: erstens Staats-
minister a. D. Severing, zweitens Oberpräsident Hörsing,
drittens Staatskommissar Weichmann, viertens Regierungs-
präsident v. Gerstner, fünftens Oberpräsident Freyer, sechstens
Regierungsrat Freytag, siebentens Regierungsrat Althorn,
achtens Reichsentscheidungskommissionar Dr. Peters, neunten Ri-
chardshagen.

Zum Berichterstatter an das Plenum wurde Abg. Dietrich
(Zentrum) bestimmt. Die bisherigen Berichterstatter, Dr. v.
Brandenburg (Dn.) und Dr. Liebnecht (U. Soz.), sollen ihre unter-
suchende und ermittelnde Tätigkeit fortsetzen.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
Commerzdirektion
7 1/2 Uhr: Der Operndall
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Koon
Kammerpiele
7 1/2 Uhr: Potafsch u. Periwatt
Großes Schauspielhaus
Sachmeh:
4 Uhr: Die Weber
(Achter Abonnement)

Wallner-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Nixchen
Komische Oper
Sachspiel: Alfred Hüter
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer
Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend
Walthalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise

Theater L. D.
Rönngräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Notruf
Drama 2. Herrn. Sudermann
Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Killiarden
DAS
SOUPER

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Erzelenz Mare
Sonntag 3 1/2 Uhr: Mittelrevue
7 1/2 Apollotheater
Friedrichstraße 215
Salernat. Kugeln-Programm
1-2 Opium-Träume 1-2
Eine Harvingschilde mit
24 Szenen
Sowie 19 Sensationen

Komödienhaus:
Abendlich 7.30 Uhr: Der
blonde Engel
Theater
am Rollendoriplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Berliner Theater
Kasernen-Gasse 7-9
Internationale
Ringkampf - Konkurrenz
Varieté
Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 19077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
- 19 Herren -
Vorh. 11-12 u. 4-5

Trianon-Theater
8 Uhr: Die Waise in
Die große Leidenschaft
Kleines Theater
8 Uhr: Hans Krüskade in
Der Dieb (Le voleur)

BEKOP
Behrenstraße 44,
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison-Eröffnungs-
Programm.

Sommertheater Schweitzergarten
Am Friedrichshain 29-32
Dir. W. Hermann - Telefon Nr. 1219
Die moderne Bühneneinrichtung (Rückstrahl) bei der
Bedeckung hat auf die Nr. 692
Sonntag, den 28. August vollständig neues Programm.
Tage des Volkstheaters
Arbeit schändet nicht
und Genossenschaft
4 lebenden pommersch. Fetiänsen
Anfang: Montags 8 1/2 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Lampions von 30 Pf. an, **Stücklaternen**
mit Glas u. Licht, von 60 Pf. an
Feuerwerk! Kleinfassoniert, sehr billig
Sonnentag, von 10 Pf. an
Alle Artikel für Feste, Verlobungen
A. Maas & Co., Berlin F.
Markgrafstraße 54
an der Lindenstraße. 8-6 Uhr. Begr. 1890

Ende August erscheint ein neues Buch zur
Jugendweihe
Die Schwelle



Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend
Herausgegeben von Rudolf Schwarzlosky
Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Datschek
In geschmackvollem Einband 12.- Mark

Organisationen bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G 2, Breite Straße 8-9

Zur Finsegnung!

Anzüge eigener Herstellung, aus guten, haltbaren Stoffen und Friedenszutaten verfertigt.

Cheviot-Anzüge marone, ein- und zwei-reihig M. 205.-	Kammgarn Anzüge aus blauer vorzüglicher Wase, nach neuesten Modellen verarbeitet M. 440.-
Cheviot-Anzüge blau, sehr haltbare Qual., ein- und zwei-reihig M. 255.-	Farbige Anzüge dunkelblau und braun gemustert, Cheviot M. 205.-
Cheviot-Anzüge dunkelblau gekopert, modern verarbeitet M. 320.-	Farbige Anzüge in verschieden gezeichneten, vollen Farbausstattungen, modern verarbeitet M. 310.-
Melton-Anzüge blau, reine Wolle, ganz gediegene Qualitäten M. 400.-	Farbige Anzüge ein- u. zwei-reihig, in sehr guten Qual., nach neuest. Modellen verarbeitet M. 420.-, 390.-

Diese Preise sind für Brustweite 68/70 berechnet; jede weitere Größe kostet je nach Qualität 10 bis 20 Mark mehr, jede kleinere Größe ebenso viel weniger.

Hüte 32.50 / Krawatten / Serviteurs / Kragen / Hosenträger / Socken / sehr billig

In der Morgenstunde billig Verkauf v. Trikotsagen und anderen Sachen

BaerSohn

nur Chausseestraße 29/30

Der Versand nach außerh. erfolgt in der Reihenfolge der eingehend. Aufträge

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin G 2, Breite Str. 8-9

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Ausgabe von 21. 800 an. Häufige Abgabe
Ankunft: Territzgesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schilfbauerdam 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Camprecht, Restaurant Rothlappchen, Heiligensee, Kirchallee. Täglich d. Tegel-Heiligenseer Strassen.

Soeben erschien in zweiter unveränderter Auflage Nr. 47/48 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz

N. LENIN

Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands

Inhalt: Einleitung / Ueber Naturalsteuer, freien Handel und Konzessionen / Politische Ergebnisse und Schlussfolgerungen / Schluß
71 Seiten Preis Mark 1.00

Zu beziehen durch Franks Verlag G.m.b.H., Leipzig

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Zusatz-Materialien
Schröder, Bornauer Str. 101
Fabrikgeb. III.
Sämtliche Metalle
kauft höchstehend
Strausberger Str. 24, I. Stfl.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

Begründet 1876

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farbig und natur-lasiert in allen Preislagen

Neu aufgenommen: Fertige Betten

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Anzüge, Paletots, Ulster aus la Maßstoffen, elegantier Szt.
prima Rohhaar-Vorarbeitung, selbst gefertigt, von 400 M. an. Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Geh- und Sportpelze fabelhaft billig! Fahrgeid-Verzierung - Keine Lombardware

kaufen Sie konkurrenzlos billig im Leihhaus Brunnenstr. 5

Demnächst erscheint:
Band XX der Bibliothek der Kommunistischen Internationale
Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921

Inhalt: Resolution zum Bericht des Exekutivkomitees der Komm. Internationale / Thesen zur Weltlage und die Aufgaben der Komm. Internationale / Thesen über die Taktik / Resolution zur Märzaktion und über die Lage in der U. R. S. S. / Rundgebung für Max Högl / Thesen über die Komm. Internationale und die Rolle Gewerkschaftsinternationale / Resolution über die Arbeit auf dem Gebiete der Kooperation / Thesen über die Arbeit der Kommunisten in den Kooperationen / Thesen zum Referat über die Politik der Komm. Partei Rußlands / Resolution über die Taktik der Komm. Partei Rußlands / Leitfäden über den organisatorischen Aufbau der Komm. Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit / Resolution zur Organisation der Komm. Internationale / Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Komm. Parteien / Resolution über die Internationale Verbindung der Kommunistinnen und über das Internationale Kommunistische Frauensekretariat / Resolution über die Formen und Methoden der kommunistischen Arbeit unter den Frauen / Resolution über die kommunistische Internationale und die kommunistische Jugendbewegung / Aufruf des Exekutivkomitees der Komm. Internationale an die Proletariat aller Länder

191 Seiten Preis broschiert Mark 2.50 Gebunden Mark 6.-

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11, sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der V. K. P. D.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billige Preise.
I. Wobrenstr. 37 (Kolonnaden)
H. Gr. Frl. Str. 115 (nahe Androssstr.)
Auswahlfindung tel. Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Sobrer
Friedrich Fieischer
Waldenburger Str. 36, am 24. August 1921 verstorben ist. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 27. August, nach 2 1/2 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt. Keine Beteiligung wird erwartet.
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Arbeiter
Max Getschmann
Fingher Straße 28, am 17. 8. 1921 verstorben ist. Ihre ihrem Ansehen! Die Ortsverwaltung.

Geld
Für jede Westsache. Höchste Kaufpreise für Brandschätze, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Silber etc. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.
Krankenschein, gebunden mit 2 Schließern, um 70 Pfennig, preiswert abgegeben. Angebots Nr. 2. 52, an die Hauptredaktion dieser Zeitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/84
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung!
Wahlen zur Ortskrankenkasse der Klempner
Die Aufstellung der Ausschussmitglieder und Ortsleiter erfolgt nach freigelegten Grundstücken in Betriebsversammlungen, die durch die Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes in der Woche vom 29. August bis 2. September einberufen werden.
Die Bezirksleiter der Bezirke 2, 4, 5, 6, 7, 8, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 werden zur Einberufung heute, den 26. August, abends 7 Uhr, im Zimmer 41, Linienstraße 83/84, eingeladen. Erscheinen unbedingt erforderlich.
Für die freiwilligen Mitglieder der Klempnerkassen findet die Aufstellung der Ausschussmitglieder am **Dienstag, den 30. September**, nachmittags 4 1/2 Uhr im Verbandsbau, Linienstraße 83/84, im Arbeitsnachwehraum parterre, statt.
Im Auftrage der Verwaltung Gutsche.

Per sofort gesucht:
Verkäufer
für
Seidenstoffe
Meldungen: 11-12 Uhr vorm.
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Zeißfeldstecher
6 und 8fach, leicht handh.
M. Steckmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 120
(Eckweg 9239).

Altmittel
kauft Kottbuser Damm 64
Flur links
Altmittel
kauft zu Engrospreisen
A. Kutsch, O 27, Metzlergasse
Dankensfeldstraße 6, Ecke
Hagenberg. Fahrg. wird
erhalten.

Glückwunsch-Karten
mit
Jugendweihe
in veränderter Ausstattung
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Str. 8/9
und in den „Freiheit“-
Spezialausgaben erhältlich.

Groß-Berlin

Klar zum Gesecht!

Ein echt deutschnationaler Fahnenrummel

Der „Westen“, das Organ der westlichen Vororte Berlins, bringt einen ausführlichen Bericht von der Fahnenweihe der Schöneberger Ortsgruppe des Deutschnationalen Jugendbundes. Diese Veranstaltung ist ein Glied in der Kette der Rummel, die jetzt, ausgerechnet in der Republik, wie ein fortlaufendes Maskenfest von den Monarchisten aller Schattierungen veranstaltet wird.

Der besseren Wirkung halber zitierten wir den Bericht wörtlich: „Das Fest begann mit der Einführung der Ehrengäste, unter ihnen die Admirale v. Trotha und v. Schröder, General Graf v. d. Golz u. a. Dann vollzog sich unter den Klängen eines Fanfarenmarsches der Einmarsch der Fahnen. Ein sinnreicher Prolog von Heinrich Gutberlet ging der Weiberrede voraus, die Pfarrer Lic. Dibelius übernommen hatte und der er die Worte des Apostels Paulus „Seid fröhlich in der Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an dem Gebot“ zu Grunde legte. Es müsse Geduld geübt werden, doch nicht energie- und taatenlos, sondern in mutiger Vorbereitung der besseren Zeit, die man erwarte. Wer aber an dieser Vorarbeit mitwirken wolle, der könne der Frömmigkeit nicht entbehren, die von einem Weib, der mächtiger, als alle Macht der Welt, der „non den Schlechten die Guten nicht knechten“ läßt. Mit den Worten: „Sohn, die alten Eichen rauschen“ des Dichters Max v. Schenkendorff legnete der Redner dann die Fahne und schlug den ersten Nagel ein mit dem Wunsch: „Klar zum Gesecht! Für Deutschlands Freiheit und Recht! Für ein freies, freies, einiges Geschlecht!“ Zubelebender Beifall dankte den prächtigen, kernigen Worten des beliebten Kanzelredners. Nun betrat in langer Reihe die Ehrengäste und Vertreter anderer Jugendverbände die Bühne zum Fahnenfest. Das Ehrenmitglied E. v. d. Admiral v. Trotha, Flügeladjutant des Kaisers, überreichte im Namen des Verbandes der Seeoffiziere einen Torpedowimpel mit den Worten: „In der Glaubensstärke und in der Vaterländischen Loyalität der deutschen Jugend liegt die deutsche Zukunft. Einen Torpedowimpel hefte ich an die Flagge zum Zeichen, daß wir ein freies Recht an Gottes freiem Weere haben. Flagge und Wimpel vereint mögen Kraft und Mut durch alle Stürme geleiten, bis Gott den Tag schenkt, an dem die Fahne sich jenseit als Ehrenbanner vor einem neu erstandenen Kaiserreich!“ Generalmajor Graf v. d. Golz begleitete die Flagelung mit den Worten: „Ohne Rückkehr zu den alten Preußentugenden, zu Disziplin und allgemeiner Wehrpflicht, werden wir nie wieder ein großes Volk werden!“ Diese Worte fanden lauten jubelnden Widerhall in der Versammlung. Der Fahnenfestzug folgte der gemeinsamen Gelang der „Wacht am Rhein“ und des „Alts-Liedes“. Dann erstattete der Vorsitzende der Ortsgruppe, Hans Jürgen zur Redden, den Dank an die Ehrengäste und übermittelte die Grüße vom Prinzen Eitel Friedrich, Luden-Grafen v. Bismarck und Helfferich. Hierauf knüpfte er an die Fahne ein Florband, daß dieser so lange angeheftet bleibe, bis Deutschland aus seiner Erniedrigung wieder emporgestiegen sei. Gemeinsamer Gelang des Liedes „Deutschland über alles“ schloß die Feier, und unter Teilnes sion v. d. Ortsgruppe mit ihrer neuen Fahne zum Saal hinaus.“

Schlägt da nicht das Herz jedes braven deutschen Untertans höher, wenn er das liest? Der Herr Prediger in Christo legt seiner Weiberrede ein Wort deselben Apostels Paulus zugrunde, der Christi Worte: „Liebet eure Feinde“ und „Du sollst nicht töten“ und „Wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen“ lehnte und sagt in der Predigt: „Klar zum Gesecht!“ Ebenso hehrlich wie unerschrocken sind die Ausführungen des Admirals Trotha, des ersten republikanischen Chefs der Marine. Der Bericht zeigt, daß schon die deutschnationale Jugend offen gegen die bestehende Staatsform ausgeht und zum Staatsstreik erzoget wird!

Wohlfahrts- und Jugendpflege. Nachdem die Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendämter der Bezirke Berlin-Mitte, Tiergarten und Hallesches Tor ihre Tätigkeit aufgenommen haben, wird mit-

geteilt, daß diese insbesondere zuständig sind für pflegerische und juristische Bearbeitung aller Armenpflegefälle a) für Personen, die in ihrem Bereiche wohnen, b) für wohnungslose Personen, die in ihrem Bereiche (insbesondere in der Fröbelstraße) hilfsbedürftig werden, c) für außerhalb Berlins hilfsbedürftig gewordene Personen, die in ihrem Bereiche ihre letzte Berliner Wohnung hatten.

Goldwerte

Während die Arbeiterschaft unter der fortwährenden Geldentwertung immer mehr der Verelendung zureißt, wissen die Besitzenden nicht, wie sie die ungeheuren Gewinne, die ihnen mühelos zufallen, unterbringen sollen. Ganz besonders große Gewinne konnten während des Krieges und seit der Beendigung desselben die großen Landwirte einheimen.

Uebereinstimmend wird uns aus allen Teilen des Reiches berichtet, daß nirgends mehr Neubauten und Anschaffungen gemacht werden wie auf den großen Gütern. Dank der Ernährungspolitik der verschiedenen Reichsregierungen sind der Landwirtschaft ungeheure Gewinne zugeflossen worden. Während die industrielle Bevölkerung wie auch das Landproletariat infolge der hohen Preise auf die notwendige Ernährung verzichten müssen, können die Agrarier ein Saisenergebnis ohne Gleichen führen. Das hält diese natürlich nicht ab, über die „notleidende Landwirtschaft“ nach wie vor zu jammern, es gelingt ihnen sogar, sich damit weitere Vorteile zu verschaffen.

Wie es mit der Not aussieht, zeigt das nachstehende Nachangebot eines Gutsbesizers an einen Pächterfiskusanten. Er schreibt:

„Es handelt sich um mein hiesiges Gut von 33,61,9 Hektar in einem geschlossenen Plan um Gebösch, wovon 16 Morgen Wiesen, circa 80 Acker, Mittelboden, 25 Wald, Rest Stoppel, Obstplantage, Teiche und Gärten. Das Lebende und tote Inventar ist mit rund 24 000 M. käuflich zu übernehmen. Die Jahrespacht ist 20 000 Mark. Pächter erhält eine reparierte Wohnung von drei Stuben und Küche, auf Wunsch auch noch zwei Wohnkammern mit schräger Decke und Scheune mit Keller und das große Stallgebäude. Alle Gebäude sind massiv und mit 141 600 Mark versichert. Ferner Brennholz zum eigenen Bedarf nach Anweisung selbst zu werden und anzufahren.“

Naturleistungen für mich: 40 Zentner Ia weiße oder Daberische Eschrosfelsen, 2 Zentner Weizen, 15 Zentner Roggen, 2 Zentner Erbsen, 1 Zentner weiße Bohnen, 20 Zentner Hafer, 6 Pferdebüffel und 12 Streuloh, 10 Zentner Tafeläpfel nach Wahl, 1 Zentner Rindfleisch, 4 Zentner Schmalz, 10 Zentner Zuckerbrot, 1 Zentner Honig, 2 gemästete Schweine von zusammen 6 Zentner Lebendgewicht, 12 gemästete Gänse, 12 gemästete Enten, wöchentlich zwei Pfund Tafelbutter, täglich 5 Liter Vollmilch und täglich 15 frische Eier. Alle auf dem Grundstück lastenden Steuern und Versicherungsprämien trägt der Pächter. Die Obstplantage ist alljährlich durch 30-50 Bäume nach meiner Sortenwahl auszubehnen. Scheune und Stall deckt der Pächter innerhalb zwei Jahren um.“

Der Gutsbesitzer, ein Hauptmann a. D., gehört zweifellos zu den besten „Durchhaltern“ des Krieges.

Die zuständige Steuerbehörde in Jerben bei Friedeberg ist ja nach dem Angebot leicht in der Lage, festzustellen, ob für das in Frage kommende Gut schon bisher ca. 60000 M. Ertrag versteuert worden sind, ungefähr soviel, wenn nicht mehr, ist es, was dieser Agrarier von dem Pächter verlangt.

Der Reichsernährungsminister, der allen Wünschen der Landwirtschaft nachgibt und der Landwirtschaft aus Reichsmitteln noch große Zuschüsse überwiesen hat, wird auch trotz der traurigen Ernährungslage der großen Masse des Volkes in Zukunft nur der gehorsame Diener dieser Volksausbeuter bleiben. Wir haben von dieser Seite keinerlei Maßnahmen gegen die Aushungerung des eigenen Volkes zu erwarten. Auch zeigen die neuen Steuererlagen dafür, daß die Aushungerung des arbeitenden Volkes noch im vermehrten Maße fortgesetzt werden soll, während die Leistungsfähigen nicht herangezogen werden.

Prügelnde Schupo

Folgender Fall zeigt erneut, daß die zum Schutze der Bürger geschaffene Schupo ganz im Geiste des alten Militarismus erzogen wird und daher auch in jedem Bürger nur einen ehemaligen kaiserlichen Rekruten erblickt.

Am 19. August, nachmittags, war der Händler E. aus der Viehmannstraße mit einer Mitbewohnerin seines Hauses in einen Streit geraten. Die Frau holte zwei Schupobeamte herbei. Diese haben dann zunächst in einem echt preussischen Unteroffiziersston dem Händler E. die „Schmuppe“ verloben und als E. erklärte, in seinem Hause, so lange es der Hauswirt nicht verbiete, reden dürfe so laut und so viel er will, denselben festgenommen, obwohl E. sich sofort ausweisen und seine Angaben von sämtlichen Mietern des Hauses bestätigt werden konnten.

Auf dem Wege zur Alexanderstraße ist E. von dem Polizeimachtmesser gestoßen und auf dem Georgenkirchplatz derartig ins Gesicht geschlagen worden, daß die Spuren dieser Mißhandlung noch heute bemerkbar sind.

Sind solche Beamte wirklich befähigt, den Schutz des Bürgers zu übernehmen? Kann man nicht erfahrene Männer finden, die sich solchen Situationen anpassen in der Lage sind?

Selbst wenn ein Festgenommener sich widerständig zeigt und in der Erregung die Beamten durch die Bezeichnung „Laub- stöcher“ beleidigt, muß der Beamte die Ruhe bewahren und wissen, daß er Strafantrag wegen Beamteneileidigung stellen kann; Mißhandlungen müssen aber auf jeden Fall unterbleiben.

Der „geistige“ Kampf der Kommunisten

Unsere Partei hatte zu Mittwoch, den 24. d. M., eine Versammlung mit dem Thema: „Die Landarbeiter und die Hausarbeiter in Birkholz einkommen“. Referent war der Genosse Stadtverordneter Zimmermann. Die Kommunisten, die in allen diesen Versammlungen, besonders in Hohenheide, trotz Aufstellung aller Kräfte schlecht abgeschrieben hatten, rückten mit einem starken Stütztrupp an, Stadtverordneter Dörr als Hauptling an der Spitze. Nachdem der Referent die Frage sachlich behandelt hatte, nahm für die Kommunisten Dörr als Diskussionsredner das Wort.

Alle schon bekannten üblichen Lügen wurden erneut vorgebracht und die Tatsachen verdrängt. In der Diskussion nahm unser Genosse nochmals das Wort und wies an reichhaltigem Tatsachenmaterial die Unhaltbarkeit der Ausführungen des kommunistischen Redners nach.

Als die Kommunisten sahen, daß in sachlichem Meinungskampf nichts auszurichten war, kam ihre andere schon von früher her bekannte Agitationsmethode zur Geltung. Dörr hatte mittlerweile seinen Platz im Kreise seiner kommunistischen Freunde verlassen und nahm in der äußersten Ecke des Saales Platz. Die Bahn war frei. Jetzt trat der „angebliche U. S. V.-Genosse“ auf. Bisher hatte er das nötige Quantum an Alkohol in Bier und Schnaps zu sich genommen. Das wüßteste Geschimpfe lud an. Betrüger und Lügner waren die gelindesten Ausdrücke. Als er sich als U. S. V.-Genosse noch besonders präsentierte, wurde ihm zugeworfen, daß er vor einem halben Jahre noch Mitglied der S. P. D. gewesen sei, er somit hinter Röske stand. Jetzt packte der „U. S. V.-Genosse“ die But. Ein Streich — und sämtliche Gläser auf dem Tisch lagen in Trümmer. Das Signal war da. Mit erhobenen Fäusten und mit Stühlen stürzten er und seinesgleichen auf den Referenten und seine Begleiter, die mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert wurden. Angewidert von dieser Handlungsmethode, warfen sich auch einzelne Kommunisten ihnen entgegen und befreiten die Bedrängten, was zur Folge hatte, daß sie um so mehr mit Prüge traktiert wurden.

Das Verhalten des einen Teiles der anwesenden Kommunisten zeigt, daß solche Methode des Kampfes von Arbeitern gegen Arbeiter selbst von allen anständigen Kommunisten abgelehnt wird. Eine Partei, deren Führung solche Vorkommnisse nicht nur nicht zurückweist, sondern duldet, wird von der gesamten kassenbewußten Arbeiterschaft als Bundesgenosse abgelehnt werden.

Die übliche unsaubere Methode

Genosse Schünung schreibt uns: Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Ausgabe vom 25. d. M., unter der Ueberschrift — Ein verunglücktes Wahlmanöver — einen Artikel, in dem behauptet wird, daß ich als ehemaliger Magistratskommissar die Kriegsbeschädigten beleidigt und verhöhnt habe.

Die „Rote Fahne“ sucht dies dadurch zu beweisen, daß sie auf eine Notiz hinweist, die im Januar in der gesamten Berliner Presse veröffentlicht wurde, und in welcher auf die Schwindler aufmerksam gemacht wurde, die in Uniform gekleidet als Kriegsbeschädigte auftraten. Die Notiz erschien seinerzeit auch in der „Freiheit“. Bemerkenswert für die Wahrheitsliebe der „Roten Fahne“ ist, daß diese Veröffentlichung auf Beschluß des Vetrats der Kriegsbeschädigten erfolgte. In einer Vetratsitzung, wo auch die Vertreter der Kriegsbeschädigten inf. der Vertreter des Internationalen Bundes“ anwesend waren, wurde auf dieses Schwindlerunwesen aufmerksam gemacht und vom Magistratskommissar verlangt, in der Presse darauf hinzuweisen. Dies ist auch geschehen. Die „Rote Fahne“ mühte, wenn sie objektiv wäre, diese Tatsache, die ihr bekannt sein muß, feststellen. Es hat fast den Anschein, daß man noch auch hin beschuldigt den Eindruck zu erwecken, als ob ich für dieses Desernat schon immer verantwortlich war und noch bin, während doch schon immer Herr Stadtrat Stoll, Mitglied der S. P. D., die Geschäfte der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen führt, der ebensoviele wie ich in der Lage ist, alle Wünsche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu erfüllen. Deshalb hält die „Rote Fahne“ es für wahlhastig ange-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kuß

Es dunkelte schon, und noch immer klang das schmerzliche Lied. Das Kind wollte zur Ruhe gehen, und mit ihm starb so viel! Es war alles anders geworden, als die Mutter gedacht hatte — er fand sich nie mehr zurück zu ihr; auch das Kind, das er so sehr geliebt, zog ihn nicht mehr nach Hause. Er hatte es mit Liebe umfassen, als es blühend und helläugig war, er mied es, als seine Glieder in Krämpfen ganz verkrümmten. Da fing sie erst an, dies Kind zu lieben, aber sie mußte bald sehen, daß all ihre Liebe und Sorgfalt umsonst waren. Es lag da und wimmerte. Im Hause war's totentst. Das düstere Abendrot stand drüben vor der kommenden Nacht — die Frau am Fenster griff sich verfürbt an den Kopf. Hatte es nicht geklopft? „Herein!“ rief sie, aber keiner trat ein. „Wer sollte auch kommen? Niemand war im Hause außer Tina, und Tina schlief.“ „Wer sollte zu ihr kommen?“ „Das Unglück, die Einsamkeit, die Tränen?“ „Es hatte wieder geklopft!“ Die Frau ging, um zu öffnen; aber niemand stand draußen. Und zum dritten Male klopfte einer an ihre Türe, und als sie ihn einlassen wollte, waren nur die Nacht und finstere Schatten draußen. Eine Angst vor dem dunklen Zimmer überfiel die Einsame. Sie läutete; sie schrie um Licht, aber niemand kam. Draußen in den Gängen war's ganz dunkel. — Sie durchließ die langen Korridore, sie glaubte sich verfolgt; etwas, irgend etwas war im Hause, das ihr feindselig, verderbenbringend war; sie schrie laut, sie schluchzte. Sie an den Wänden festhaltend, tastete sie sich zur Stiege, wie ein schwarzer Schlund gähnte ihr das Stiegenhaus entgegen. Da war plötzlich ein Dröhnen vor der Türe, sie hörte laute Schritte, viele schwarze Männer kamen herein, aber keiner sprach. Sie setzten etwas nieder unten im Gang, etwas Schwarzes, Schmeres — „Licht!“ schrie sie, halb wahnsinnig, „Licht!“

Unten zündete jemand ein Streichholz an, und tief in dem schwarzen Schacht sah sie eine Tragbahre stehen. „Der Vater!“ schrie sie entsetzt auf. „Albert!“ „Es ist nicht der Vater; der Vater ist noch nicht da“, antwortete eine gedämpfte Stimme, Alwinens Stimme, „es ist Heinrich.“ Nun, da viele Lichter aufstauten, erkannte sie ihn auch. „Ist er tot?“ fragte sie wie ein furchtbares Kind. Alwine und Helene kamen die Treppe herauf und nahmen die Bedende in ihre Arme. „Komm, Mutter, komm in dein Zimmer, es ist nichts, Heinrich ist nur unwohl geworden; er ist gestürzt und blutet, aber es macht nichts. Komm nur!“ „Der Vater? Wo ist der Vater?“ wiederholte sie und schaute immer noch wie festgebann hinunter. Plötzlich riß sie sich von ihren Töchtern los und, indem sie mit wilden Augen umherblickte, sagte sie laut: „Er ist es doch! Ihr habt gelogen! Das ist nicht Heinrich. Er ist es! Er liegt dort unten und ist naß und schwarz, und das Wasser rinnt von allen Seiten über die Bahre. Der Weiber! — es hat ihn in den Weiber gezogen!“ und mit weit aufgerissenen Augen blickte sie ins Leere und sagte geheimnisvoll: „Der Weiber hat sich gerächt!“ Dann näherte sie sich mit ganz visionärem Ausdruck dem Treppengeländer und sah wieder wie gebannt in den halbdunklen Gang hinunter, auf dessen Grund die mit einem Tuch bedeckte Bahre ruhte, von den unruhigen Lichtern förmlich hin und her gezerrt. Helene folgte mit offenem Munde, an allen Gliedern zitternd, den Blicken der Mutter und ihren Armen, die anfangen, sich wie Pumpschwengel zu heben und zu senken; allmählich hoben und senkten sich auch die Augen förmlich im Takt mit den Armen — Helene konnte es nicht länger mit ansehen, sie wurde blaß und lag auch schon, ohne einen Laut ausgestoßen zu haben, am Boden. Nun wurde Alwine unwirksam; zuerst schüttelte sie ihre Mutter energisch am Arm, um sie zu sich zurückzubringen, tief in den Flur hinunter: „Mehr Licht! Viel mehr Licht! Auch Licht da herauf!“ Dann unterstützte und hob sie Helene, die langsam auf die Knie kam und allmählich aufstand. Als Alwine sah, daß die Mutter sich immer noch über das Geländer beugte und sich nicht von dem Bild da unten trennen wollte, ergriff sie fest ihre Hand und sagte bestimmt: „Nun sollst du's wissen, Heinrich ist gestochen worden im Wald oben.“

Aber die Mutter hörte nur halb hin, ihre Blide wanderten immer wieder zurück, ihre Gedanken schienen weit fort zu sein. „Hörst du?“ wiederholte Alwine, „Heinrich ist gestochen worden im Wald, Peter hat ihn gestochen.“ „Im Wald? Auch der Wald rächt sich?“ fragte sie furchtsam, nur einen Teil von Alwinens Worten fassend. „Tragt ihn jetzt herauf!“ befahl Alwine, als sie sah, daß Lichter und Lampen genug unten waren. „Vorwärts! Sacht!“ „Zu Helene: „Nimm dich doch zusammen und führe die Mutter weg. Was seid Ihr für Leute! Zu nichts zu gebrauchen. Fallt um wie die Mäden. Du siehst ganz grünweiß aus. Ruh man denn gleich so die Fassung verlieren? Bleibe bei der Mutter, ich will dann für alles übrige sorgen!“ Helene zitterte noch immer, aber sie konnte sich soweit beherrsigen, die Mutter wegzuführen. Sie ging auch willig, nur von Zeit zu Zeit schaute sie nach der Treppe zurück, auf der das Tappen von vorsichtigen Füßen hörbar wurde. „Der Vater war gar nicht mehr oben, als es geschah“, suchte Helene zu trösten, „er ging sehr früh, ehe wir zum Heidefelsen ausbrachen. Er meinte, da Heinrich und Peter —“ „Peter?“ rief die Mutter dazwischen, wie wenn ihr plötzlich erst Alwinens Worte gekommen, halb verwirrt zwar: „Was ist das mit Peter? Wo ist Peter? Holt Peter! Was hat er getan? Ist er wieder fort?“ „Wir wollen ihn gleich suchen!“ tröstete Helene, „gleich, komm nur!“ Endlich waren sie in der Wohnstube der Mutter, da trat auch schon Tina, blaß und fassungslos aus dem Nebenzimmer: „Das Kind!“ „Das Kind“, küßerte die Mutter vor sich hin, mechanisch und ohne Ausdruck. „Das Kind!“ fragte sie dann und wurde unruhiger. Zulezt brach sie in Weinen aus. „Der Vater! Der arme Vater!“ „Sein Weiber, sein Wald, sein Kind“, plötzlich verwirrten sich ihre Gedanken. „Heinrich hat ihm alles genommen, er hat Peter erstochen, aber Peter ist ihm fortgelaufen! Bringt mir Peter! Holt den Vater! Ich will sie beide haben!“ Doch ließ sie sich willig zum Sofa führen, und während sie dort ruhte, flossen immerfort ihre Tränen. Wie sie so lag mit geschlossenen Augen und zuckendem Munde, die Hände rastlos bewegend, fing sie wispelnd an zu sprechen, Lautworten zu geben, auf Stimmen zu hören —

(Fortsetzung folgt.)

